

DIE LINKE. Sachsen

13. Landesparteitag

C. Sachantrag an den 13. Landesparteitag

C.3. Schul- und bildungspolitische Offensive jetzt!

Beschluss des 13. Landesparteitages der LINKEN. Sachsen am 18. Juni 2016 in Neukieritzsch

Schul- und bildungspolitische Offensive jetzt!

I. Der Landesparteitag stellt fest:

1. Sachsen gehört zu den Bundesländern mit dem rückständigsten Schulsystem und ist insbesondere weit davon entfernt, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungsmöglichkeiten einzuräumen. Dafür spricht vor allem das erzkonservative dreigliedrige Schulsystem, das Bildungswege viel zu früh festschreibt und damit vor allem Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen benachteiligt. In einem reichlichen Vierteljahrhundert ist es so weitgehend gelungen, das überwunden geglaubte bürgerliche Bildungsprivileg wieder zu etablieren.
2. Die Hauptverantwortung für diese Entwicklung trägt die CDU, aus deren Reihen seit 1990 alle bisherigen sächsischen Kultusminister kamen. Auch die SPD trägt als zwischenzeitlicher und gegenwärtiger Juniorpartner der CDU-geführten Staatsregierungen eine Mitverantwortung; zumindest ist es ihr zu keiner Zeit gelungen, der sozialen Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen ernsthaft entgegen zu wirken.
3. An zahlreichen Schulen kann schon seit längerer Zeit die vollständige Unterrichtsabsicherung nicht mehr gewährleistet werden. Das lässt sich auch durch statistische Trickserei der Kultusbehörden nicht kaschieren. Solche „Gegenmaßnahmen“ wie Kürzung der Stundentafel, Anhebung der Klassenstärken, Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstunden der Lehrkräfte sowie die „stille Beschäftigung“ sind Ausdruck der entstandenen Misere. Gäbe es nicht das verantwortungsbewusste Engagement vieler Lehrer*innen sähe die Lage noch weit dramatischer aus.
4. Schon heute haben wir in Sachsen, gemessen an den meisten anderen Bundesländern, Lehrer*innenmangel. Die Verantwortung dafür trägt insbesondere die CDU. Zahlreichen Protesten der Gewerkschaften sowie der Eltern- und Schüler*innenvertretungen wurden ebenso ignoriert wie die Vorschläge der LINKEN. Problemlugnen und Aussitzen sind bis heute Regierungspraxis. So sind die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen nicht bereit, ein seit langem überfälliges Personalentwicklungskonzept für den Schulbereich vorzulegen. So bleiben eine Reihe von Fragen unbeantwortet: Wie will Sachsen dem zu erwartenden Anstieg der Zahl der Schüler*innen begegnen? Welche Vorstellungen gibt es, um der Tatsache zu entsprechen, dass bis 2030 ca. vier Fünftel des Lehr*innenpersonals an Schulen aus Altersgründen ausscheiden wird? Wie lange will Sachsen noch hinnehmen, dass ein beträchtlicher Teil der hier ausgebildeten Lehrer*innen in andere Bundesländer abwandert, weil die dort anzutreffenden Arbeits- und vor allem Gehaltsbedingungen wesentlich günstiger als im Freistaat sind? Wann endlich gibt es ein tragfähiges Konzept zur allumfassenden Durchsetzung inklusiver Bildung? Welchen Stellenwert werden künftig Privatschulen haben?

DIE LINKE. Sachsen

13. Landesparteitag

II. DIE LINKE Sachsen strebt eine schul- und bildungspolitische Offensive an und setzt sich in diesem Rahmen vor allem für folgende Schwerpunkte ein:

1. Überwindung des dreigliedrigen sächsischen Schulsystems und gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse.
2. Herstellung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen durch umfassende Förderung Benachteiligter.
3. Wesentliche Aufstockung der finanziellen Mittel für den Schulbereich, ggf. durch Umschichtung und Prioritätsveränderung im Landeshaushalt.
4. Keine Aufstockung der wöchentlichen Pflichtstunden für Lehrkräfte und gleichzeitige Begrenzung der Klassenstärken auf 25 sowie 23 in Integrationsklassen.
5. Raschere Schaffung notwendiger personeller, finanzieller, struktureller und baulicher Voraussetzungen für flächendeckende inklusive Bildung.
6. Unverzögliche Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes im Schulbereich für den Zeitraum bis 2030.
7. Erweiterung der Ausbildungskapazitäten an sächsischen Universitäten und Hochschulen für den Lehrerberuf.
8. Neueinstellung von Lehrer*innen, ggf. auch durch Rückholung von Abgewanderten, um die Altersabgänge zu kompensieren und gleichzeitig dem Anwachsen der Schüler*innenzahlen zu entsprechen.
9. Gerechte Einstufung des pädagogischen Personals und Orientierung der Gehälter zumindest am Bundesdurchschnitt.
10. Begrenzung des Anteils des Privatschulsektors und Stärkung des öffentlichen Schulbereiches.
11. Ausbau der Selbstbestimmung der Schüler*innen durch geeignete Maßnahmen wie Abwahl- und Vertiefungsmöglichkeiten, deutliche Aufwertung der Schüler*innen-Mitbestimmung innerhalb der Schul-Selbstverwaltung und umfangreiche Evaluation der Lehrpläne hin zu mehr Kompetenz, statt bloßer Wissensvermittlung sowie deutlicher Aufwertung digitaler Kompetenzen im Schulalltag.

III. Was können wir tun?

1. Neues Schulgesetz – IST-Stand und Arbeitsauftrag

Im Herbst 2015 gab es von Seiten der Fraktion in Person von Cornelia Falken eine Bildungstour zum neuen Schulgesetz durch alle Landkreise in Sachsen. Teilnehmende waren unter anderem Vertreter*innen von Kreiseltern- und Kreisschüler*innenräten, Schulleiter*innen und/oder Lehrer*innen. Dazu gab es eine Broschüre und die Tour wurde ausgewertet. Derzeit planen die Kreisvorstände bzw. die Genoss*innen vor Ort eine zweite Veranstaltungsreihe.

Das Bildungsministerium erarbeitet einen neuen Schulgesetzentwurf. Die Zeitschiene, die das Ministerium vorsieht, ist recht eng geplant:

- bis April 2016 – fertiger Gesetzentwurf im Kabinett
- Mai 2016 – 1. Lesung SLT
- August/September 2016 – Anhörung
- November 2016 – Beschluss

Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf (Drucksache 6/5078) ist es die Aufgabe der Fraktion, Änderungsanträge zu unseren gesetzten Schwerpunkten (siehe II.) zu formulieren.

DIE LINKE. Sachsen

13. Landesparteitag

Diese Punkte sollen inner- und außerhalb der Partei diskutiert werden. Dazu bedarf es Veranstaltungen innerhalb der Partei, vor allem aber auch mit Vertreter*innen aus der Bildungslandschaft.

Für den Landtagswahlkampf 2019 ist von Seiten der Fraktion geplant, ein eigenes Schulgesetz zu schreiben. So kann das Thema Bildung in all seinen Facetten im Wahlkampf eine tragende Rolle spielen und in einem eigenen Schulgesetz für die neue Fraktion münden. Im eigenen Gesetz sollen natürlich unsere Forderungen aus den Bildungspolitischen Leitlinien einfließen.

2. „Schule in Not“

Der Personalmangel an staatlichen Schulen, aber auch an den Schulen in freier Trägerschaft, ist enorm. Derzeit gibt es diesbezüglich eine Unterschriftenaktion der GEW („Schule in Not“), um auf die Problematik aufmerksam zu machen. Wenn dies abgeschlossen ist, wird die Fraktion mit einer etwas drastischeren Formulierung der Problematik „Notstand an Sächsischen Schulen“ in das Thema einsteigen. Die Partei sollte sich parallel mit einbringen.

Dies kann in folgender Form passieren:

- Unterstützung der Unterschriftenaktion
- Veranstaltungen in den Kreisen (auch in Zusammenarbeit mit der GEW)
- publik machen in den Medien (Homepage, Pressemitteilungen, Web 2.0, evtl. Printmaterial)

3. Initiative für einen Volksantrag „Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen“ ergreifen

Eine Vielzahl von Vereinen, Verbänden und Interessenvertretungen sind sich aus unterschiedlichen Motivationen heraus in der Forderung nach der Schaffung der lange überfälligen (gesetzlichen) Rahmenbedingungen für ein längeres gemeinsames Lernen einig. Sie lehnen die willkürliche und viel zu frühe Auflösung der Klassenverbände und die Aufteilung der Kinder in die beiden Sekundarschularten (Oberschule/Gymnasium) mit dem Ende des 4. Schuljahres aus verschiedenen, berechtigten Gründen ab.

Dabei stimmen diese Akteur*innen in ihrem Wunsch zur Überwindung des dreigliedrigen sächsischen Schulsystems hin zu einem zweistufigen Schulsystem und die Einführung eines durchgängigen gemeinsamen längeren Lernens für alle Kinder von der Schuleingangsphase bis mindestens zum Ende des 8. Schuljahres grundlegend überein.

Ungeachtet dessen finden sich – auch trotz vorheriger vermeintlich landesweiter Schulgesetzkommunikation – im vorliegenden Schulgesetzentwurf der Staatsregierung (DS 6/5078) keinerlei Ansätze, diese Forderungen ins sächsische Schulrecht umzusetzen.

Mit dem im Punkt III. vorgesehenen, notwendigen aktiven gesetzgeberischen Eingreifen der Fraktion zur Änderung des vorliegenden Schulgesetzentwurfes mit entsprechenden Änderungsanträgen zu unseren gesetzten Schwerpunkten werden sich diese allein wahrscheinlich nicht realisieren und ins Schulgesetz verankern lassen.

Aus diesem Grunde sollte schon jetzt der Versuch unternommen werden, alle die für ein längeres gemeinsames Lernen in Sachsen offensiv streitenden Vereine, Verbände, Interessenvertretungen und deren Akteur*innen für eine gemeinsame Initiative für das Zustandekommen eines Volksantrages, mit dem die gesetzlichen Voraussetzungen für ein längeres gemeinsames Lernen bis mindestens zum Ende der Klasse 8 im Sächsischen Schulgesetz verankert werden sollen, zu gewinnen. DIE LINKE. Sachsen ist dazu bereit aktiv mitzuwirken.

DIE LINKE. Sachsen
13. Landesparteitag

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____